

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Neuverhandlungen zum EWR: Ein Ja bedeutet eine neue Chance

S. D. der Landesfürst begrüsst die Initiative Markus Büchels im Interesse Liechtensteins und der Schweiz

(M.) - In einem Interview sprach sich S. D. Fürst Hans-Adam II. sehr positiv über die Initiative von Regierungschef-Kandidat Markus Büchel aus, der für ein Ja zum EWR plädiert, um Neuverhandlungen zu erreichen mit dem Ziel, ein für Liechtenstein günstigeres Ergebnis zu erzielen. Bei einem Ja am Wochenende müsste Liechtenstein ohnehin nochmals über den neuverhandelten EWR-Vertrag abstimmen. Ein Ja am Wochenende lässt uns somit noch alle Möglichkeiten offen.

Nachdem die Frage von Markus Büchel bei der TV-Übertragung am Landeskanal als nicht zulässig abgewiesen wurde, benützte der Regierungschef-Kandidat gestern die Gelegenheit, den Landesfürsten direkt zu seiner Initiative zu befragen. Nach Ansicht des Landesfürsten ist die Initiative von Markus Büchel sehr zu begrüßen. Einerseits eröffnet sie unserem Land die Möglichkeit, bei Neuverhandlungen etwa beim freien Personenverkehr mehr herauszuholen, andererseits kann Liechtenstein bei den EWR-Verhandlungen auch die Interessen der Schweiz, die jetzt ausgeschlossen wurde, wahrnehmen. Unser Land könnte dann gleichsam die EWR-Türe für die Schweiz offen halten.

Zweite EWR-Abstimmung

Nach der Neuverhandlung müsste der modifizierte EWR-Vertrag über das Staatsvertragsreferendum nochmals dem Volk vorgelegt werden, welches sich dann definitiv entscheiden kann: Ja oder Nein zum EWR. Ein Ja am kommenden Wochenende bedeutet für uns demzufolge kein zusätzliches Risiko, sondern im Gegenteil, eine grosse Chance, mehr herauszuholen. Die Schweiz ist nach ihrem EWR-Nein gegenwärtig in der EFTA isoliert. Bleibt Liechtenstein noch am EWR-Tisch, so kann unser Land auch der Schweiz sehr gute Dienste erweisen. Die Partnerschaft mit der Schweiz wird durch einen positiven Beitrag Liechtensteins gestärkt.

Freizügigkeit soll verbessert werden

Bern (AP) Die Freizügigkeit beim Stellenwechsel ist näher gerückt. Oppositionslos verabschiedete der Nationalrat am Mittwoch ein Kompromisswerk zwischen den Interessen der Arbeitnehmer und der Kassen mit 132 Stimmen. Erstmals ermöglicht wird die Aufteilung von Vorsorgegeldern bei einer Scheidung.

Der Rat teilte die Meinung des Bundesrates, wonach die Freizügigkeit der beruflichen Vorsorge ein dringendes Anliegen darstellt und rasch verwirklicht werden soll. Wenn der Ständerat das Freizügigkeitsgesetz schnell verabschiedet, so ist mit dem Wirksamwerden allerdings nicht vor 1995/96 zu rechnen, da die Kassen noch zu aufwendigen Anpassungsarbeiten gezwungen sind.



Bei einem Ja am Wochenende kommt es zu Neuverhandlungen und zu einem neuen EWR-Abkommen, das über das Staatsvertragsreferendum erneut dem Volk vorgelegt wird: S. D. Fürst Hans-Adam II. (links) gestern im Gespräch mit Regierungschef-Kandidat Markus Büchel.

Auch EWR-Chefunterhändler S. D. Büchel eine grosse Chance, um auf dem Adam II. und S. D. Prinz Nikolaus veröffentlichen wir auf Seite 3 dieser Ausgabe).

Neues Recht für die Anwälte und Treuhänder

Landtag verabschiedete neue Gesetze für Rechtsanwälte, Treuhänder, Patentanwälte und Wirtschaftsprüfer

(mü) - Über 30 Gesetze hat der Landtag im Eurolex-Verfahren für einen allfälligen EWR-Beitritt Liechtensteins an das EG-Recht anzupassen. Gestern verabschiedete das Parlament vier weitere Gesetzesvorlagen, die für Berufsgattungen des Finanzdienstleistungsbereichs neue, getrennte Rechtsgrundlagen schaffen, nachdem sie bisher in einem einzigen Gesetz zusammengefasst waren. Im einzelnen betreffen die einhellig verabschiedeten Gesetze die Rechtsanwälte, Treuhänder, Patentanwälte sowie die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften.

Allen neuen Gesetzen ist gemeinsam, dass eine Erweiterung der Berufspflichten vorgenommen wird, was sich insbesondere auch in der Pflicht zur Führung einer Kanzlei ausdrückt. Ausserdem wird der Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung gefordert, auf der anderen Seite eine Lockerung des bisherigen Werbeverbots herbeigeführt.

Qualitative Berufsverbesserung

Für Treuhänder, Patentanwälte und Wirtschaftsprüfer bringt die Totalrevisi-

on des bisherigen Rechts eine Anhebung der Zulassungsvoraussetzungen (Ausbildung und erhöhte Praxiszeit) und der Prüfungsanforderungen mit sich. Im Hinblick auf die beabsichtigte Beteiligung am EWR wurden in allen vier Gesetzen die Niederlassungs- und die Dienstleistungsfreiheit für die einzelnen Berufsgattungen verankert, wobei Liechtenstein gewisse Übergangsfristen zustehen. VU-Fraktions Sprecher Reinhard Walser erachtete es gestern für angebracht, das Inkrafttreten der Gesetze vom Ausgang der kommenden Volksabstimmung über den EWR-Beitritt abhängig zu machen. Bei einem durchaus möglichen Nein des Volkes könnten, so Walser, die jetzt unter Druck entstandenen, aber wichtigen Vorlagen einer nochmaligen ausführlichen Beratung unterzogen werden. Gegen diesen Antrag sprachen sich Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille und in der Folge auch 17 Abgeordnete aus. Dr. Wille hielt dazu u.a. fest, dass die Gesetze zum grössten Teil grundlegende Neuerungen beinhalten würden, die nicht in Zusammenhang mit dem EWR-Abkom-

men stünden, sondern vor allem eine qualitative Verbesserung der Berufsgattungen zum Ziel hätten. Diesbezüglich verwies der Regierungsvertreter auch auf die positiven Vernehmlassungsergebnisse.

Ausschluss des 2. Bildungsweges?

In der Detailberatung des Treuhändergesetzes kam der VU-Abgeordnete Patrick Hilty auf sein früher geäussertes Anliegen zurück, wonach man auch in Zukunft den «zweiten Bildungsweg» (z.B. kaufm. Lehre und Treuhänderkurs) bei den Prüfungsvoraussetzungen berücksichtigen sollte. Seinen Vorschlag, als Ausbildungsnachweis den erfolgreichen Abschluss einer von der Regierung anerkannten Ausbildung gelten zu lassen, erachteten Dr. Herbert Wille und Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter als zu unpräzise und problematisch. In der weiteren Diskussion kristallisierte sich jene Möglichkeit heraus, dass der bisher angebotene Treuhänderkurs mit einem anerkannten Diplom enden könnte, wobei auch die Treuhändervereinigung dies befürworten müsste.

Landtag nahm Dialog mit Fürst Hans-Adam II. auf

Der Antrag der FBK-Fraktion zu einer Aussprache mit dem Fürsten wurde am Montag ausgeführt

(G.M.) - Vertreter der FBK- und der VU-Fraktion trafen sich dem Vernehmen nach am Montag nachmittags zu einer ersten Besprechung mit Fürst Hans-Adam II. Der Vorschlag geht auf eine Intervention der FBK-Fraktion im Landtag zurück, nach der Abwendung der Staatskrise nicht einfach zur Tagessordnung überzugehen, sondern den Dialog mit dem Staatsoberhaupt zu suchen.

«Ich bin der festen Überzeugung, dass wir nicht so tun dürfen, als ob der Ausspruch des Vertrauens durch den Landesfürsten in Landtag und Regierung uns aller Sorgen enthebt», erklärte FBK-Fraktions Sprecher Dr. Ernst Walch zu Beginn der Landtagssitzung, vom 11. November 1992. Ohne seine

Erklärung wäre die Mehrheitspartei, als ob nichts passiert wäre, zur Tagesordnung übergegangen, obwohl nur kurze Zeit vorher der Landesfürst wegen Meinungsverschiedenheiten das Parlament auflösen und die Regierung entlassen wollte. Walch erklärte vor einigen Wochen auch, dass der Landtag nicht nur ein paar Worte verlieren dürfe, sondern ein Zeichen setzen müsse: Konkret schlug er vor, dass der Landtag oder eine Vertretung des Landtags sich zu einem Gespräch mit dem Staatsoberhaupt treffen sollte.

Wie an der gestrigen Landtagssitzung in Erfahrung gebracht werden konnte, fand ein erstes Treffen mit Fürst Hans-Adam II. am vergangenen Montag nachmittags statt. Über den In-

halt des Gesprächs herrschte gestern noch Stillschweigen, doch wird der Landtag darüber eine offizielle Mitteilung an die Öffentlichkeit machen. Aus dieser Verlautbarung sollte dann auch ersichtlich sein, ob sich der Landtag nach diesem ersten Gespräch noch zu weiteren Gesprächen treffen wird oder ob der Meinungsaustausch über die aktuellen Fragen beendet ist.

In seiner Begründung des Antrags hatte FBK-Fraktions Sprecher Dr. Ernst Walch auch ausgeführt, dass es nicht genüge, nach der Abwendung der Staatskrise nach Verfassungsänderungen zu rufen: «Wir müssen zuerst alles unternehmen, dass die Verfassung auch eingehalten wird, bevor Änderungen herbeigerufen werden.»

Gestern im Landtag

Der Landtag nahm gestern vormittag die letzte zweitägige Sitzung in dieser Legislaturperiode in Angriff. Auf dem Traktandum standen, einschliesslich der Protokollgenehmigungen und der abschliessenden Wahl des Landesausschusses, insgesamt 45 Tagesordnungspunkte. VU-Fraktions Sprecher Reinhard Walser beantragte die Aufnahme eines weiteren Traktandums: Eine Information der Regierung über das weitere Vorgehen mit dem EWR-Vertrag nach der Ablehnung des EWR-Beitritts in der Schweiz und der bevorstehenden EWR-Abstimmung in unserem Land.

Eurolex-Vorlagen später?

Bevor der Landtag auf die Tagesordnung eintrat, gab VU-Fraktions Sprecher Reinhard Walser zu verstehen, dass die sogenannten Eurolex-Vorlagen eine rasche Behandlung hinter sich hätten. Sofern der EWR nicht zustandekomme, worauf die schweizerische Abstimmung hindeute, könnten diese Vorlagen verschoben werden.

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille erklärte sich mit diesem Antrag nicht einverstanden, da die Gesetzesänderungen auch Anpassungen umfassten, die nicht nur mit der Angleichung an das EWR-Recht zu tun hätten. Er verhehlte nicht, dass ein gewisser zeitlicher Druck vor dem EWR-Abstimmungstermin vorhanden gewesen sei, doch gehe es in sachlicher Hinsicht auch um die Revision der Vorlagen.

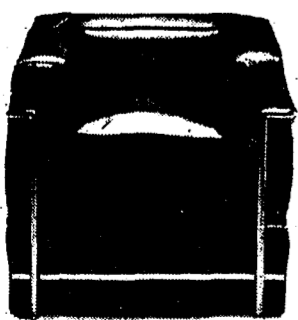
Angesprochen waren die Gesetze über die Rechtsanwälte, die Treuhänder, die Patentanwälte, die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften.

Auch die Änderung des Grundverkehrsgesetzes sollte nach Auffassung von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille durchberaten werden. Über das Inkrafttreten werde er bei der Detailbehandlung einen Vorschlag unterbreiten.

Zahlreiche Anfragen

An die Regierung wurden wiederum zahlreiche Anfragen gestellt, die von den Regierungsmitgliedern jeweils am Ende der Landtagssitzung beantwortet werden. Der FBK-Abgeordnete Dr. Ernst Walch fragte erneut nach dem mehrmals von Regierungschef Hans Brunhart versprochenen Informationskonzept für die EWR-Abstimmung, Johann Kindler (FBK) erkundigte sich nach der Situation bei der Berufsberatung, Carl Kaiser (FBK) fragte nach den Abmachungen über den Waffenplatz St. Luziensteig, weil auch beim letzten Föhnsturm wieder geschossen wurde. Josef Biedermann (FBK) und Karlheinz Oehri (VU) wollten Auskunft über die Möglichkeit der Briefwahl in unserem Land, Martin Jehle (FBK) fragte nach der Kostenverteilung der Mehrkosten beim Polizeigebäude. FBK-Fraktions Sprecher Dr. Ernst Walch schliesslich wollte wissen, warum die Abstimmung über das Regierungsviertel erst im kommenden Frühjahr stattfinden soll.

LE CORBUSIER



THONY

9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
jeden Samstag geöffnet bis 16 Uhr

Pelz
Eigenkreationen und internationale Modelle im Pelz-Preis-Paradies
Jared Gisten
CH-9400 Rorschach, Tel. 071 316 20
Tel. 071 316 20
Samstag geöffnet